DIE LINKE.
IM MANNHEIMER GEMEINDERAT

Gökay Akbulut
Thomas Trüper (Sprecher)
Rathaus E5
68159 Mannheim
Telefon 0621/ 293-9585
Telefax 0621/ 293-9595
die.linke@mannheim.de
goekay.akbulut@mannheim.de
thomas.trueper@mannheim.de
Bürozeiten
Mo. – Do. 09.00 – 13.00 Uhr
Sparkasse Rhein Neckar Nord
DE57 6705 0505 0038 9793 96
MANSDE66XXX

DIE LINKE. Im Mannheimer Gemeinderat, Rathaus E5 , 68259 Mannheim

An den Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus E5

68159 Mannheim

Mannheim, den 12.02.2018

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats am 20.02.2018

TRANSPARENZ STÄRKT DEMOKRATIE

Verdeckte direkte oder indirekt ÖPNV-Kosten der öffentlichen Hände sowie Vertriebskosten der ÖPNV-Unternehmen– Transparenz als Grundlage für Reformen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat über folgende Themen:

1.) ÖPNV-Kosten im kommunalen Sozialbudget

Wie hoch sind die jährlichen ÖPNV-Kosten, die vom Sozialamt bzw. dem JobCenter direkt oder indirekt übernommen werden?

2.) Justizkosten im Zusammenhang mit Erschleichung von Beförderungsleistungen

2.1 Wie viele Verfahren wegen Erschleichung von ÖPNV-Dienstleistungen (Schwarzfahren) werden im Zuständigkeitsgebiet der RNV GmbH jährlich mit Verurteilung abgeschlossen?

2.2 Wie viele Verurteilte aus 2.1. durchlaufen jährlich das Mannheimer Landesgefängnis in Haft oder Ersatzhaft? Wie viele Hafttage verbringen sie durchschnittlich im Gefängnis?

2.3. Welche Kosten entstehen dem Land sowohl durch die unter 2.1 genannten Verfahren wie auch durch die unter 2.2. angesprochenen Hafttage?

3.) Vertriebskosten des ÖPNV

3.1 Wie hoch ist der jährliche Gesamtaufwand der RNV GmbH für Fahrkartenverkauf differenziert nach den Produktbereichen Einzeltickets / Zeitkarten und Jahresabos?

3.2 In welcher Relation steht der Vertriebsaufwand der beiden Produktsegmente zu den jeweiligen Umsatzerlösen?

DIE LINKE.
IM MANNHEIMER GEMEINDERAT

3.3 Wie hoch ist der jährliche Aufwand der RNV GmbH für Fahrkartenkontrollen?

Begründung

Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Möglichkeiten der Tarifgestaltung im ÖPNV sowie der Bezahlsysteme.
Gleichzeitig wird auch die Finanzierung des ÖPNV grundlegend zu überdenken sein, da der massive Ausbau des ÖPNV aus ökologischer und städtebaulicher Sicht zwingend erforderlich ist.

Für anstehende Entscheidungen auch des Gemeinderats ist Transparenz der tatsächlichen ÖPNV-Kosten erforderlich. Nur so kann darüber nachgedacht werden, wie Kosten vermieden oder Kostenträgerschaften umstrukturiert werden können.

Die Diskussion über ticketfreien ÖPNV und über die Einführung einer Umlagenfinanzierung kann ohne die hier geforderten Informationen ebenfalls nicht sachgerecht geführt werden.

Die Anfang Januar 2017 vom Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes erneut angefachte Diskussion über Sinn oder Unsinn der Strafverfolgung von „Schwarzfahren“ zielt darauf ab, die Verkehrsunternehmen dazu zu veranlassen, durch organisatorische Maßnahmen und - man muss ergänzen - durch Tarif- und/oder Finanzierungsreformen Erschleichungstatbestände entweder selbst zu unterbinden oder eben gegenstandslos zu machen. In die Finanzierung solcher Reformen könnten eingesparte verdeckte ÖPNV-Kosten einfließen.

Thomas Trüper
Sprecher

Gökay Akbulut